

MIGRATIONSPOLITIK AN MENSCHENRECHTEN MESSEN

NUTZE DEINE STIMME BEI DER EU-WAHL



WAS SAGEN DIE PARTEIEN?

	Rechtsgrundlagen	CDU	GRÜNE	SPD	LINKE	FDP	AFD
Menschenwürdige Behandlung an den EU-Außengrenzen	<p>Grundrechtecharta der EU Art. 1: Würde des Menschen ist unantastbar Art. 4: Verbot von unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung Art. 6: Recht auf Freiheit und Sicherheit Art. 24: Kinderrecht auf Schutz und Fürsorge</p> <p>Genfer Flüchtlingskonvention Art. 14: Recht in anderen Ländern vor Verfolgung Schutz zu suchen und zu genießen Art. 31: Einreise zum Zweck Asylantragstellung gilt als erlaubt Art. 33: Verbot der Zurückweisung über Grenzen</p>	<p>Grundrechte schutzsuchender Menschen werden massiv missachtet durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Festhalten der Menschen in haftähnlichen Lagern - Überwachung Außengrenzen und mehr baulichen Grenzschutz - Aufrüstung von Frontex zur Grenzpolizei, die Migration wirksam aufhalten kann - Durchführung Asylanträge nur noch in Drittstaaten außerhalb Europas, Verbleib der Geflüchteten auch bei Asylanerkennung dort <p>Das bedeutet de facto Abschaffung von Art.14 GFK für Europa.</p>	<p>Grundrechte werden an vielen Stellen des Programms betont:</p> <ul style="list-style-type: none"> - gegen Festhalten in haftähnlichen Lagern an Außengrenzen, vor allem für Kinder - finden Zurückweisen in als sicher erklärte Dritt- und Herkunftsländer falsch - Asylanträge sollen innerhalb EU geprüft werden <p>Höhere Wahrscheinlichkeit von Schutz gegen Pushbacks, denn</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Überwachung von Frontex & Menschenrechtsverletzungen - für Sanktionen, wenn EU-Länder geltendes Recht brechen 	<p>Missachtung von Grundrecht auf Freiheit und von Verbot erniedrigender Behandlung durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zustimmung zu haftähnlichen Lagern an Außengrenzen <p>Wollen Menschenrechte in Lagern und bei Anwendung von Schnellverfahren beobachten, v. a. für Familien mit Kindern</p> <p>Höhere Wahrscheinlichkeit von Schutz gegen Pushbacks, denn</p> <ul style="list-style-type: none"> - illegale Zurückweisungen müssen eingestellt und sanktioniert werden - Menschenrechtsverletzungen müssen aufklärt werden 	<p>Grundrechte werden umfassend gewährleistet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - keine Inhaftierung Schutz-suchender an Außengrenzen - keine Auslagerung Asylverfahren in Drittländer - Asylantragstellung muss in jedem Land möglich sein - individuelle Bedarfe besonders vulnerabler Gruppen besonders berücksichtigen - zuverlässiger Familiennachzug <p>Höhere Wahrscheinlichkeit von Schutz gegen Pushbacks, denn</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Überwachung von Frontex & Menschenrechtsverletzungen 	<p>Missachtung von Grundrecht auf Freiheit und von Verbot erniedrigender Behandlung durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - haftähnliche Asylzentren an EU-Außengrenzen - Überwachung Außengrenzen durch moderne Sicherheitstechnik - Überführung von Asyl-bewerber*innen in Drittstaaten außerhalb EU 	<p>Missachtung von Menschenwürde, von Freiheit und von Verbot unmenschlicher, erniedrigender Behandlung durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufbau physischer Barrieren, technischer Überwachung und ggf. Einsatz von Militär an Grenzen - Beendigung ‚illegaler‘ Masseneinwanderung aus ‚kulturfremden‘ Regionen - Aufbau ‚Remigrationsprogramm‘ - keine Asylverfahren innerhalb EU - Abschaffung Art.33 GFK durch - Zurückweisung von ‚Wirtschaftsflüchtlings‘ an Außengrenzen durch Frontex
Sichere Fluchtwege	<p>Grundrechtecharta der EU Art. 6: Recht auf Freiheit und Sicherheit</p> <p>Genfer Flüchtlingskonvention Art. 14: Recht in anderen Ländern vor Verfolgung Schutz zu suchen und zu genießen Art. 31: Einreise zum Zweck Asylantragstellung gilt als erlaubt Art. 33: Verbot der Zurückweisung über Grenzen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Koalition der Willigen soll jährlich Kontingent besonders schutzbedürftiger Menschen aufnehmen <p>Sehr unwahrscheinlich, dass dadurch mehr Sicherheit geschaffen wird, da erst nach Einführung Drittstaatenkonzept und nur freiwillig angedacht.</p>	<p>Mehr Menschen könnten auf sicheren Wegen kommen, denn sie wollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Resettlementprogramme ausbauen - Erteilung humanitärer Visa für Aufnahmeprogramme aus Kriegs- und Krisengebieten möglich machen 	<p>Mehr Menschen könnten auf sicheren Wegen kommen, denn sie wollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Resettlementprogramme verstärkt nutzen 	<p>Mehr Menschen könnten auf sicheren Wegen kommen, denn sie wollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Resettlementprogramme ausweiten - humanitäre Visa einführen - Seebrücken und Fähren statt Frontex 	<p>Keine Aussage – daher keine Verbesserung zu erwarten</p>	<p>Keine Aussage – daher keine Verbesserung zu erwarten</p>
Seenotrettung	<p>Grundrechtecharta der EU Art. 6: Recht auf Freiheit und Sicherheit</p> <p>Internationales Seerecht Pflicht zu Beistand für alle in Lebensgefahr angetroffenen Personen auf See</p>	<p>Keine Aussage im Programm, d.h. Recht auf Sicherheit und Rettung spielt keine Rolle.</p>	<p>Wahrscheinlichkeit, aus Seenot gerettet zu werden, erhöht sich durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichten staatlicher Seenotrettung - Finanzhilfe für zivile Seenotrettung - Verbot von Behinderung oder Kriminalisierung von Seenotrettung - Beenden der Zusammenarbeit mit libyscher Küstenwache 	<p>Seenotrettung gilt als Verpflichtung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - zivile Seenotrettung soll unterstützt werden - staatliche Seenotrettung soll gewährleistet werden 	<p>Wahrscheinlichkeit, aus Seenot gerettet zu werden, erhöht sich durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - EU-finanzierte Seenotrettung - keine Behinderung oder Strafe für zivile Seenotrettung - Umwandlung von Frontex in europäische Rettungsmission 	<p>Seenotrettung dient offensichtlich vor allem dem Zweck der Ausweisung, denn</p> <ul style="list-style-type: none"> - Seenotrettung soll von Frontex übernommen werden, um damit gleichzeitig Grenzübertreite zu vermeiden 	<p>Verringert Sicherheit, denn</p> <ul style="list-style-type: none"> - Niemand darf von Küstenwachschiffen aufgenommen werden außer Kinder und Notfälle - Frontex soll Boote immer in nicht-europäischen Hafen zurück bringen
Faires Asylverfahren	<p>Grundrechtecharta der EU Art. 18: Verpflichtung zu Beachtung</p> <p>Genfer Flüchtlingskonvention Art. 19: Verbot der Abschiebung bei Risiko von Folter, Todesstrafe oder unmenschlicher, erniedrigender Behandlung</p>	<p>Fragwürdig, da nur allgemeine Aussage:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Asylverfahren in Drittstaaten sollen allen rechtlichen Voraussetzungen entsprechen 	<p>Wollen Verschlechterung durch Grenzschnellverfahren abmildern:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Garantie von Beratung und Rechtsweg - Zugang für Anwälte, Medien und Hilfsorganisationen in Grenzregionen 	<p>Wollen Verschlechterung durch Grenzschnellverfahren abmildern:</p> <ul style="list-style-type: none"> - hohe rechtliche Standards halten - Garantie von Rechtshilfe und Rechtsmittel - regelmäßige Prüfung der Sicherheitslage in Herkunftsländern 	<p>Verbesserung zu erwarten, denn sie wollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - keine Schnellverfahren an Grenze - Armuts-, Klima- und Umweltflüchtlings verbindliche Flüchtlingsrechte gewähren - grundsätzlich keine Abschiebungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Schnelle Asylverfahren und konsequente Rückführungen sollen ‚irreguläre‘ Migration wirksam reduzieren. <p>Damit ist Zielrichtung vorgegeben und trotz verkündeter Einhaltung rechtsstaatlicher Standards ist de facto Verschlechterung zu erwarten.</p>	<p>Verschlechterung zu erwarten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abschiebungen müssen durchgeführt werden - Bleiberechtsregeln sollen zurückgebaut werden <p>Keine Aussagen zu Rechtsstandards</p>
Abbau von Diskriminierung	<p>Grundrechtecharta der EU Art. 1: Würde des Menschen ist unantastbar Art. 21: Verbot von Diskriminierung Art. 22: Achtung von Vielfalt</p>	<p>Trägt zur Diskriminierung bei, denn unter Überschrift „Für ein Europa der gemeinsamen Sicherheit“ folgt der Satz „Wir setzen alles daran, die europäischen Grenzen gegen irreguläre Migration zu schützen.“</p> <p>Stellt somit Migrant*innen als Bedrohung der Sicherheit dar. Darüber hinaus keinerlei Aussagen zum Thema Diskriminierung von Minderheiten.</p>	<p>Akzeptanz schutzsuchender Menschen könnte gestärkt werden durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung von Matching-Verfahren zwischen Bedürfnissen aufnehmender Kommunen und Bedürfnissen Geflüchteter <p>Im Programm finden sich viele konkrete Maßnahmen zum Diskriminierungsabbau in Bereichen Recht, Schulung, Beratung.</p>	<p>Akzeptanz schutzsuchender Menschen könnte gestärkt werden durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - EU-Fonds für aufnahmebereite Kommunen, der allen Einwohnern zugute kommt - Bürger*innen bestimmen mit über Ausgestaltung der Aufnahme Geflüchteter <p>Erkämpfte Minderheitenrechte sollen erhalten bleiben.</p>	<p>Akzeptanz schutzsuchender Menschen könnte gestärkt werden durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - EU-Fonds für Willkommens-kulturen, der auch für allgemeine Daseinsvorsorge genutzt werden kann <p>Im Programm finden sich einige konkrete Maßnahmen zum Diskriminierungsabbau für z.B. ethnische Minderheiten, andere Religionen, sexuelle Orientierung, ...</p>	<p>Fördert Diskriminierung, indem sie wiederholt ‚irreguläre‘ Migration als Problem und Überlastung von Kommunen und Bürger*innen darstellen.</p> <p>Wenden sich eher allgemein gegen Diskriminierung und Ausgrenzung in EU. Spezielle Maßnahmen werden zu Abbau Diskriminierung von LGBTIQ vorgeschlagen, u.a. Beibehaltung als Asylgrund.</p>	<p>Fördert Diskriminierung, denn Anwesenheit von Menschen anderer Herkunftsländer wird an vielen Stellen des Programms mit Anstieg von Kriminalität, Terror und Sicherheitsbedrohung gleichgesetzt.</p>